

"Außenstellen sollen für Bürgerservice weiter zur Verfügung stehen"

epd-Meldung zum Transformationsprozess am 2. Oktober 2017

Berlin (epd). Die Stasiunterlagen-Behörde wird nach den Worten des Bundesbeauftragten Roland Jahn in den kommenden Jahren tiefgreifend umgebaut. «Wir müssen weg von einer Generalaufarbeitungsbehörde wie in den 90er Jahren hin zu einem Stasiunterlagen-Archiv, was sich auf die Akten konzentriert», sagte Jahn dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Berlin. Das sei auch gut so, «weil die öffentliche Fixierung auf das Thema Stasi überwunden werden muss».

Nach den Empfehlungen der vom ehemaligen sachsen-anhaltischen Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer (CDU) geleiteten Kommission und einem entsprechenden Bundestagsbeschluss zur dauerhaften Nutzung der Stasiunterlagen stehe er vor der Herausforderung, zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln, sagte Jahn. Das bedeute, dass die Akten unter das Dach des Bundesarchivs geführt werden, das Stasiunterlagen-Archiv eigenständig sichtbar bleiben wird und die Außenstellen in den ostdeutschen Bundesländern in die jeweilige Gedenkstättenlandschaft eingebettet werden.

«Wirtschaftlich-effizient wäre es, alle Akten nach Berlin zu bringen und hier zu verwalten», sagte Jahn. Das werde aber in den Ländern zu Recht nicht akzeptiert. Auch er selbst halte die Eroberung der Akten für ein «Symbol der Revolution», die dort verbleiben sollen, «wo sie entstanden sind und wo sie erobert wurden». Aber wenn man dieses Symbol deutlich machen wolle, müsse man eine geeignete Einbettung in die jeweilige Gedenkstätten- und Wissenschaftslandschaft organisieren.

Keine der Außenstellen genüge derzeit den Ansprüchen einer dauerhaften Lagerung. Deshalb werde jetzt in Machbarkeitsstudien geprüft, wie die Akten künftig zusammengefasst und archivgerecht gelagert werden können: «Es geht um moderne Archivstandorte. Die bestehenden Außenstellen sollen für Bürgerservice weiter zur Verfügung stehen.»

Wo eine funktionierende Gedenkstättenlandschaft existiere, sollten die Akten als Teil der DDR-Aufarbeitung eingebettet werden. «Wir müssen uns dabei fragen: Wo stehen wir in 20 Jahren?», sagte Jahn. Da komme man schnell zu dem Schluss, auch vor dem Hintergrund rückläufiger Aktennutzung und Besucherzahlen: «Es macht keinen Sinn sich zu verzetteln.»

Dass diese Diskussion unter anderem von den Landesbeauftragten aufgeregt geführt werde, liege in der Natur der Sache, sagte der Bundesbeauftragte. «Das ist ein hochemotionales Thema, und das ist auch gut so. Mir ist wichtig beides zusammenzubringen: den Opfern gerecht werden, aber auch an die nächsten Generationen denken, die diese Akten in 20, 30 oder 100 Jahren nutzen wollen.»

Laut Jahn ist bei den Anträgen auf Akteneinsicht eine «klare Linie nach unten zu sehen». Im vergangenen Jahr seien von Bürgern 48.000 Anträge zur Akteneinsicht gestellt worden, zu Beginn seiner Amtszeit 2011 seien es noch doppelt so viel gewesen. «Das ist eine klare Tendenz, da darf man sich nichts vormachen.»